

Baden-Baden. In der Sitzung des Gemeinderats gab es gestern Abend eine Mehrheit mit 29 Ja- und zehn Nein-Stimmen für das Vorhaben der Stadt, auf dem Waldseeplatz ein Flüchtlingsdorf mit bis zu 1 000 Plätzen und auf dem Areal der ehemaligen französischen Funkstation im Heitzenacker eine Unterkunft für rund 400 Asylbewerber zu schaffen.

Mit der CDU, den Grünen und der SPD signalisierten die drei größten Fraktionen im Gemeinderat ihre Zustimmung zu den Plänen.

Die CDU knüpfte ihr Ja jedoch an die Forderung, dass die Stadt weitere Standorte für die Unterbringung von Asylbewerbern prüfen solle, um die Zahl der Bewohner im vorgesehenen Containerdorf auf dem Waldseeplatz möglichst gering zu halten. „Die Pistole sitzt uns auf der Brust. Die Menschen sind in Not. Wir müssen helfen“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Schöpflin. Die Christdemokraten bil-

Mehrheit billigt das Flüchtlingsdorf

Verwaltung lehnt den Neubau einer Halle ab

ligten zwar grundsätzlich das Flüchtlingsdorf, jedoch noch nicht dessen konkrete Realisierung.

Armin Schöpflin bat die Verwaltung, in der Oktober-Sitzung des Hauptausschusses detailliertere Zahlen etwa zu den veranschlagten Kosten zu präsentieren.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Beate Böhlen betonte, ihre Fraktion könne diese beiden Punkte mittragen. Sie verwies darauf, dass die Entscheidung zum Flüchtlingsdorf nicht leichtfalle. „Das Vorhaben ist der Not geschuldet“, meinte Böhlen und ergänzte,

dass die Planung der Stadt „nicht schlecht“ sei.

Die Verwaltung hatte zuvor das Projekt ausführlich vorgestellt. Bürgermeister Werner Hirth machte deutlich, dass es angesichts des enormen Zeitdrucks nicht möglich sei, eine Halle auf dem Waldseeplatz zu errichten. Die CDU hatte gefordert, den Neubau einer Halle zu prüfen, die sich anschließend als Busdepot nutzen ließe. Hirth lehnte diesen Vorschlag ab, weil der Untergrund des Waldseeplatzes dafür nicht geeignet sei. Zudem sollte das Busdepot an der Tallinie liegen. Er sicherte

aber zu, die Nachhaltigkeit der Asylbewerberunterkunft im Heitzenacker zu untersuchen, da diese Fläche in einem Gewerbegebiet liege.

Das Flüchtlingsdorf auf dem Waldseeplatz umfasst nach Auskunft des mit der Planung beauftragten Architekten sechs dreigeschossige Wohneinheiten mit einer Länge von jeweils rund 60 Metern. Hinzu kommt ein ebenfalls dreigeschossiges zentrales Gebäude als Verwaltungseinheit. Das Rathaus hat mittlerweile eine Firma beauftragt, ein Sicherheitskonzept zu erarbeiten. Für die Wasserversorgung fallen Kosten von rund 300 000 Euro an, für die Stromversorgung und Beleuchtung sind etwa 1,3 Millionen veranschlagt.

Bürgermeister Michael Geggus erläuterte, dass der Bau des „atmenden Dorfes“ in drei Abschnitten erfolgen soll. Die Stadt wolle bereits Mitte Oktober die Aufträge vergeben. Es sei Eile geboten, da er mit 120 Flüchtlingen pro Monat rechne. Michael Rudolphi